

# Blick in den Plenarsaal der Zukunft

Das planen die Parteien nach der Wahl

02/2009



## Gute Bildung...

...war das zentrale Thema des Bildungsstreiks. Um Chancengleichheit, kleine Klassen, Gebührenfreiheit, annehmbare Studienbedingungen, das Recht auf Bildung und Ausbildung geht es SchülerInnen und Studierenden. Auch bei den Streiks der ErzieherInnen, KinderpflegerInnen und SozialarbeiterInnen spielen diese Fragen eine große Rolle. Um Anerkennung ihrer Arbeit im vorschulischen Bereich, für Anerkennung ihres Bildungsauftrages kämpfen die KollegInnen der Kitas.

Zwei Seiten einer Medaille:  
Gute Lernbedingungen und gute Arbeitsbedingungen gehören zusammen.

Und wie reagiert die Politik?  
Verhalten bis ungehalten.

Als „Gestrige“ hat die Bundesbildungsministerin SchülerInnen und Studierende gebrandmarkt, die ihren Forderungen mit dem Bildungsstreik Nachdruck verliehen haben.

Na, vielen Dank auch, Frau Ministerin!

Auf Konferenzen und im Wahlkampf von Chancengleichheit, Bildung und Wissenschaft als wichtigster Ressource zu schwafeln, ist also das eine – und wenn's konkret wird: abwatschen.

Wir können die zahlreichen Auftritte von PolitikerInnen in Kommunal-, Landes-, und Bundesparlament nutzen, um sie zu befragen, wie konkret und verbindlich sie denn für Verbesserungen eintreten. „Wie stehen Sie zu Lern- und Lehrmittelfreiheit, Studiengebühren (Liste beliebig ergänzbar) und wie wollen sie das verwirklichen?“

Wahlkampf-Zeit ist Interview-Zeit – auch für uns! ●

*Petra Gerstenkorn*



**Petra Gerstenkorn**

Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

## Inhalt

**Schwerpunkt:**  
**Wir stehen vor der Wahl**

**Bilanz der Legislaturperiode – und was jetzt kommen muss** 3–4

**Ungebrochener Marktglaube** 3

**Jeder hat die Wahl – das wollen die Parteien** 5

**Wahlprüfsteine: Was fordert ver.di – und wie stehen die Parteien dazu** 6–8

**Interview zum Bildungsstreik: „Wir wehren uns gegen Turbo-Bildung“** 9

**Prüftrupps bei Weiterbildungs-trägern** 10

**Militärforschung oder Zivilklausel – das KIT** 11

**Mehr Honorar für Lehrbeauftragte** 12

**Studierende brauchen einen Tarif** 12

**Das gute Beispiel: Solidarität auf dem Campus** 13

**Buchbesprechung und Service** 14

**Blick nach innen und von außen** 15

**Zu guter Letzt** 16

## Impressum

Der ver.di Report **biwifo** Nr. 02/2009 · Juli 2009  
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn

Redaktion: Ulrich Kreutzberg, Holger Menze, Julia Müller, Hannelore Reiner

Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen

Internet: [www.verdi.de](http://www.verdi.de)

Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers

Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Titelbild: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

W-1728-34-0709

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

## Service

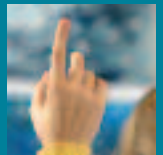
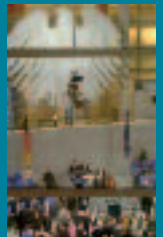
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung

Internet: [www.biwifo.verdi.de](http://www.biwifo.verdi.de)

Ansprechpartner biwifo-Report:

[holger.menze@verdi.de](mailto:holger.menze@verdi.de)

Tel.: 0171/9 32 04 04 · Fax: 030/69 56-35 00



report biwifo

Fotos v.o.n.u.: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde, Werner Badmeier (2), ver.di

# Vertane Chancen

**Zum Ende dieser Legislaturperiode ein positives Fazit zu ziehen, fällt schwer. In der Bildungspolitik wurde in den vergangenen Jahren immer wieder an einzelnen Stellschrauben gedreht – doch es fehlte der Versuch, das Bildungssystem als Ganzes zu reformieren und an internationale Standards heranzuführen. Zwar wird in Sonntagsreden immer wieder betont, Bildung sei der Schlüsselfaktor für die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft. Auch das Recht jedes Menschen auf Bildung wird immer wieder propagiert. Doch daraus folgt kein grundlegendes Konzept.**

VON KLAUS BÖHME

Einzelne Maßnahmen weisen in die richtige Richtung. Dazu zählen der Ausbau der Kindertagesstätten, aber auch der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative. Doch überwiegend beschränkt sich politisches Handeln auf Absichtserklärungen, „Bildungsgipfel“ und spontane Investitionen in Krisenzeiten. Von einem durchlässigen Bildungssystem, das allen Menschen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel Bildungszugänge und -chancen eröffnet, sind wir meilenweit entfernt.

Die Föderalismusreform I hat diese Stagnation begünstigt. Sie hat dezentrale Zuständigkeiten für Vorschule, Schule und Hochschule festgeschrieben. Gemeinsame Instrumente der Bildungsplanung von Bund und Ländern wurden abgeschafft, ein abgestimmtes Handeln fehlt. Der Bildung schadet das.

In der beruflichen Weiterbildung konnten wir immerhin einen großen Erfolg verbuchen. Mit intensivstem Einsatz ist es gelungen, den Bereich in das Arbeitnehmerentendegesetz aufzunehmen. Dennoch fehlt immer noch die notwendige große Lösung: Ein flächendeckender Mindestlohn. Alle Bemühungen in diese Richtung sind an beharrlichen, konservativen Kräften gescheitert.

Im September endet die Zeit dieser Regierung. Getragen von der Sorge um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und im Interesse aller



Foto: Deutscher Bundestag/Lichtblick/A. Meide

Menschen stellt ver.di nun Forderungen an die künftigen politischen Akteure:

## Eine grundlegende Reform des Bildungssystems

Das Bildungssystem ist bundeseinheitlich so zu gestalten, dass es

- allen Menschen einen gleichberechtigten, gebühren- und diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung eröffnet
- die persönlichen Entwicklungspotenziale aller Menschen fördert und sie zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben befähigt
- international anerkannte Abschlüsse gewährleistet
- Teilqualifikationen anerkennt und Wege zu weiteren Qualifizierungen und Abschlüssen eröffnet
- den AbsolventInnen durch eine hohe Qualität von Bildung und Ausbildung und vielseitig verwendbare Abschlüsse gute Berufs- und Karrierechancen eröffnet
- durch sein hohes Niveau auch die Qualität von Arbeit – Arbeitsprozessen, Arbeitsbedingungen und Produkten – steigert.

Anzusetzen ist dabei im Bereich der *frühkindlichen Erziehung*. Ungleiche Startbedingungen können am besten durch individuelle Förderung im Kleinkindalter ausgeglichen werden. Eine leistungsfähige Vorschulerziehung entwickelt die Sprachfähigkeit, fördert die frühkindliche Bildung und weckt den Spaß am Lernen. Sie ist dadurch in der Lage, herkunftsbedingte Schranken abzubauen. Notwendig ist deshalb ein flächendeckender, gebührenfreier Zugang zu Ganztagskrippen- und -kindergartenplätzen. Stand in diesem Bereich früher die Betreuungsfunktion im Vordergrund, so müssen die Einrichtungen nun einen klaren Bildungsauftrag bekommen. Die Qualifikation der ErzieherInnen ist noch stärker als bisher an diesen Anforderungen auszurichten.

Um alle Begabungen und Entwicklungspotenziale angemessen zu fördern, ist eine Abkehr vom derzeitigen *Schulsystem* notwendig. Die Selektion nach der Primarstufe gehört abgeschafft. Sie muss ersetzt werden durch ein System, das

## K O M M E N T A R

### ■ Ungebrochener Glaube an den Markt

Zwei Aspekte bestimmen zur Zeit die öffentliche Wahrnehmung der Hochschulen: Ihre Entlassung in die selbst geforderte Autonomie und die staatliche Hilfe zur Selbsthilfe in Form eines gigantischen Geldsegens – genannt Hochschulpakt.

Opel, Conti, Hochschulen – die Systemrelevanz der Bildung ist angekommen, rein marktwirtschaftlich betrachtet allerdings nur. Im Zentrum der Hochschulpolitik der Bundesregierung steht der internationale Wettbewerb. Er verlangt laut BMBF-Homepage nach einer weiteren Profilierung der Hochschulen in der Forschung.

Um dieses Ziel zu erreichen, kreieren Bundesregierung und Länder nun zunächst einen künstlichen, nationalen Markt. Sie erhöhen über Sonderprogramme die Mittel für die DFG und steigern konsequent den Anteil der Drittmittel an der Hochschulfinanzierung. Gleichzeitig sinken die Beträge für die laufenden Ausgaben. Ergebnis ist ein Rattenrennen der Hochschulen. Mehr Leistung bei sinkender Grundfinanzierung und steigendem Wettbewerb schafft laut Bundesregierung Exzellenz. In anderen Branchen nennt man das schlicht Rationalisierung.

Dass eine gute akademische Bildung vor allem der Kontinuität und Breite bedarf, dass Forschungsleistungen auf Zeit, gesicherten Ressourcen und Erwerbsbiografien basieren, scheint der Bundesregierung entgangen zu sein. Eine kurzatmig, auf den nächsten Wettbewerb und die nächste Vermarktungsstrategie orientierte Hochschule wird deshalb ebenso scheitern wie eine auf Marktideologie und kurzfristige Wahlerfolge ausgerichtete Politik. ●

Julia Müller



Integration ins Zentrum stellt und alle Kinder angemessen fordert und fördert. ver.di setzt sich deshalb für eine Gemeinschaftsschule bis zum Ende der 10. Klasse ein. Die soll generell im Ganztagsbetrieb geführt werden, dort müssen Lehr- und Lernmittelfreiheit herrschen, und die SchülerInnen erwerben neben fachlichen auch soziale und methodische Kompetenzen. Erst danach, in der Regel mit Vollendung des 16. Lebensjahres, sollen die „bildungsmündigen“ Jugendlichen über ihren weiteren Bildungsweg entscheiden.

Für den Bereich der *beruflichen Bildung* ist ein Grundrecht auf Ausbildung zwingend geboten. Um das einlösen zu können, muss den Jugendlichen ein ausreichendes Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Selbstverpflichtung der Wirtschaft das nicht garantieren kann. Deshalb ist eine solidari-

Regel werden. Zentral ist auch, dass mehr Menschen aus bildungsfernen Schichten studieren können. Deshalb kämpft ver.di für ein gebührenfreies Studium bis zum höchstmöglichen, berufsqualifizierenden Abschluss. Außerdem ist die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen und zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu erhöhen.

Lebensbegleitendes Lernen wird immer wichtiger, damit Menschen auf Dauer Chancen am Arbeitsmarkt haben. Deshalb kommt dem *Weiterbildungssektor* immer stärkere Bedeutung zu. Der Bund muss mit Gesetzen und Rahmenbedingungen für ein flächendeckendes und allen zugängliches Angebot sorgen, damit auch alle Erwachsenen ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können. Dazu gehört die Absicherung von Lernzeiten, die finanzielle Förderung der Aufwendungen, die Schaffung von Beratungsstrukturen sowie Qualitätssicherung und Transparenz.

Jede Art von Bildung ist auf den freien Zugang zu Wissen und Information angewiesen. Ein umfassendes Netz von *Bibliotheken* mit unentgeltlichem und uneingeschränktem Zugang ist dafür eine wichtige Grundlage. ver.di setzt sich deshalb für ein Bibliotheksrahmengesetz auf Bundesebene ein.

Chancengleichheit in der Bildung bedeutet neben dem kostenfreien Zugang zu allen Einrichtungen auch die *Förderung des Lebensunterhalts* der Lernenden. ver.di fordert, die bestehenden Fördersysteme so zusammenzufassen und umzugestalten, dass bis zum Erreichen der Bildungsmündigkeit mit Vollendung des 16. Lebensjahres die Eltern eine Unterstützung erhalten. Deren Umfang muss den problemlosen Besuch der Bildungseinrichtungen dieser ersten Lebensphase ermöglichen. Anschließend erhält jede/r Heranwachsende ein „Bildungsgeld“ – unabhängig vom eingeschlagenen Bildungsweg und so angelegt, dass davon die Lebenshaltungskosten gedeckt werden können. Die Bezugsdauer umfasst auch das Studium und reicht bis zum höchsten, für den Arbeitsmarkt qualifizierenden Abschluss.

Die *Föderalismusreform II* muss genutzt werden, um die Sicherung von Bildung als Zukunftsinvestition festzuschreiben. Dabei geht es darum, die Kompetenzen von Bund und Ländern so zu gestalten, dass Bildung nicht weiter einem Sammelsurium von Regelungen unterliegt. Vielmehr sollte sie ein System mit klaren und nachvollziehbaren Leitlinien sein, die sich an Zielen orientieren. Chancengleichheit und Durchlässigkeit gehören unbedingt dazu. ●

sche, konjunkturunabhängige Umlagefinanzierung einzuführen. Die hohen Standards der mindestens dreijährigen dualen Ausbildung sind dabei selbstverständlich zu erhalten. Darüber hinaus muss ein Qualifizierungsangebot geschaffen werden, das es ermöglicht, auch über Ausbildungsbausteine zu anerkannten Berufsabschlüssen zu gelangen.

Im Bereich *Hochschule* fordert ver.di, dass die Gesamtzahl der Studierenden wächst und die Kapazitäten sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgebaut werden. Die Sonderprogramme des Bundes müssen deshalb von der Ausnahme zur



Foto: Deutscher Bundestag/Studio Kohlmeier

Wahlvolk beobachtet Gewählte

# Jeder hat die Wahl

Was haben die einzelnen Parteien vor, wenn sie nach der Bundestagswahl am 27. September tatsächlich etwas zu bestimmen haben? Das wollten wir für die Themen unseres Fachbereichs genauer wissen. Deshalb haben wir die zuständigen SprecherInnen aus den Parteien und Fraktionen gebeten, uns ihre jeweils wichtigsten drei Pläne für die kommende Legislaturperiode zu nennen. Die Antworten finden sich auf dieser Seite.

Außerdem haben die sechs Arbeitsgruppen unseres Fachbereichs ihre wichtigsten Forderungen an die Politik formuliert. Wir haben die Parteien mit diesen ver.di-Positionen konfrontiert und sie gebeten, ihre eigenen Vorstellungen dazu zu schreiben. Das Ergebnis unserer Umfrage steht auf den Seiten 6 bis 8.



Foto: Werner Bachmeier

Bescheid wissen und sich melden

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen will mit ihrem Konzept DualPlus das **Recht für jeden Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz** umsetzen. Durch ein **Erwachsenen-BAföG soll jede zertifizierte Weiterbildung** branchenübergreifend und für alle Altersstufen gefördert werden können. Schwerpunkte einer auch steuerlich unterstützten Forschungsförderung sollen **erneuerbare Energien, nachhaltige Ressourcennutzung und die Gestaltung der Heterogenität der Gesellschaft** werden.

## CDU/CSU

CDU und CSU werden sich weiter dafür einsetzen, dass die vereinbarten **Ziele des Bildungsgipfels konsequent umgesetzt** werden. Dazu gehört, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts zu steigern. Wichtig sind für uns auch die **Halbierung der Schul- und Ausbildungsabbruchquoten**, die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und die **Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung**.

## DIE LINKE

Jeder hat das Recht auf eine qualifizierte Berufsausbildung. Mit einer **Ausbildungsplatzumlage** würden sich alle Unternehmen an einer solidarischen Finanzierung beteiligen. **Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums** und Master als Regelabschluss sind Voraussetzung für ein sozial und geschlechtergerecht durchlässiges Bildungssystem. Deutlich **höhere Grundmittel für Hochschulen und Reformen gegen Befristungen** machen Schluss mit prekärer Beschäftigung und sichern Qualität in Forschung und Lehre in der Breite.

## FDP

Die FDP setzt sich ein für die Stärkung einer qualitativ hochwertigen Lehre durch eine **ausreichende Finanzierung vorgehaltener Studienplätze**. Jeder potenzielle Studierende muss vorab präzise Informationen erhalten; die **(Finanzierungs-)Beratung durch Länder und Studentenwerke soll optimiert** werden. Die **Forschungsfinanzierung muss gesichert werden** durch Verstärkung der Grundfinanzierung, eine Entflechtung der Drittmittelfinanzierung davon sowie eine steuerliche Förderung aller forschenden Unternehmen einschließlich KMU.

## SPD

Wir wollen bis 2015 jährlich mindestens **7 % des BIP für Bildung und 3 % für Forschung und Entwicklung** ausgeben. Dafür wollen wir den Bildungssoli für sehr hohe Einkommen einführen. Wir wollen ein berufsqualifizierendes Ausbildungsangebot für alle Jugendlichen sichern und eine **Berufsausbildungsgarantie** für alle einführen, die älter als 20 sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Wir wollen das **BAföG ausbauen** für Schüler aus einkommensschwachen Familien und die Altersgrenzen beim Studierenden-BAföG anheben.



Das fordert ver.di



Hochschulen	<p><b>Gebührenfreies Hochschulstudium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss.</b></p> <p><b>Abbau der Rechte der Hochschulgruppen stoppen und durch eine partizipative Mitbestimmung und Mitgestaltung ersetzen.</b></p> <p><b>Ausreichend finanzierter Ausbau von Studienplätzen und einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel.</b></p> <p><b>Erhöhung der Durchlässigkeit: Vor allem in der beruflichen Bildung erworbene Qualifikationen sollen auf das Studium anrechenbar sein.</b></p>
Studierende	<p><b>Langfristiger Erhalt des BAföG und Ausbau zu einem Vollzuschuss.</b></p> <p><b>Mindestens alle zwei Jahre Anhebung der BAföG-Bedarfssätze in Höhe der Inflation. Wünschenswert ist die Aufstockung der heutigen Sätze auf den in der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks genannten durchschnittlichen Bedarfssatz von 770,- €/Monat.</b></p> <p><b>Die Zahl der Stipendien von derzeit 2 Prozent ist deutlich zu erhöhen.</b></p>
Studentenwerke	<p><b>Stopp des Trends zur Privatisierung durch Ausgliederung von Betriebsteilen und durch den Einsatz von immer mehr LeiharbeiterInnen.</b></p> <p><b>Einführung von Mindestlöhnen. So könnte auch die verstärkte praktizierte Eingruppierung in EG1 des TVL überflüssig werden.</b></p>
Weiterbildung	<p><b>Ein neues Weiterbildungsgesetz muss Rechtsansprüche von ArbeitnehmerInnen auf Weiterbildung festschreiben. Zur Finanzierung müssen branchenspezifische Weiterbildungsfonds eingerichtet werden. Arbeitslose bekommen das Recht auf eine berufliche Weiterbildung mit Berufsabschluss; SGB II und III sind entsprechend anzupassen.</b></p> <p><b>Die BA muss ihre Ausschreibungspraxis für Weiterbildungsmaßnahmen ändern: Qualitäts- statt Dumpingwettbewerb.</b></p> <p><b>Einführung eines allgemeinverbindlichen Mindestlohns in der gesamten Branche.</b></p>
Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen	<p><b>Bibliotheksrahmengesetz des Bundes, das Mindestanforderungen an die Ausstattung mit Bibliotheken, deren Standards und Finanzierung festschreibt.</b></p> <p><b>Bundeseinheitliche Berufsausbildung und Weiterqualifizierungen des Bibliothekspersonals, die den Ansprüchen einer Informationsgesellschaft Rechnung tragen.</b></p>
Forschung	<p><b>Einheitliche, tarifvertragliche Regelungen für alle Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.</b></p> <p><b>Die durch das Gesetz über befristete Arbeitsverträge (WissZeitVG) geförderte Befristungspraxis muss massiv zurückgefahren werden.</b></p> <p><b>Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist verstärkt voranzutreiben.</b></p> <p><b>Dass sich die Wissenschaftslandschaft verändert, darf nicht zum Abbau von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten führen.</b></p>

Die Positionen der Parteien



**Hochschulen**

Unser Ziel ist es, sämtliche Studiengebühren abzuschaffen beziehungsweise deren Einführung zu verhindern.

Wir setzen uns für die demokratisch verfasste Hochschule ein, deren paritätisch besetzte Gremien über die Hochschulbelange entscheiden.

Der Hochschulpakt II muss deutlich besser ausgestattet werden und in den kommenden fünf Jahren mindestens 500.000 zusätzliche Studienplätze schaffen.

Wir wollen den Hochschul-Zugang für Nicht-AbiturientInnen und Berufstätige durch bundesweit einheitliche Zulassungskriterien erleichtern. Die Hochschulen sollen außerdem Brückenkurse anbieten.

**Studierende**

Wir wollen die staatliche Studienfinanzierung stärken und zu einem Zwei-Säulen-Modell ausbauen. Zwei Vollzuschüsse sollen kombiniert werden: ein einheitlicher, eltern-unabhängiger Sockelbetrag für alle Studierenden und ein Zuschuss für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern als starke, soziale Komponente. Mit Zulagen für Wohnen und Krankenversicherung liegt der Maximalbetrag dann bei ca. 800 Euro.

Die Zahl der Stipendien soll erhöht werden, hier sollen sich vor allem Private engagieren. Da Stipendien sozial sehr selektiv wirken, soll staatliches Geld in den o.g. Zuschuss gehen.

**Studentenwerke**

Die Aufgaben des Studentenwerks sollen in öffentlicher Hand bleiben. Sie müssen im Rahmen des Hochschulpaktes eher ausgebaut, nicht aber privatisiert werden.

Wir fordern einen Schutz vor Lohndumping, der Mindestlöhne für alle Beschäftigten in allen Branchen vorsieht. Wir schlagen die Einrichtung einer Mindestlohn-Kommission nach dem Vorbild Großbritanniens vor, die sich aus Vertretern der Sozialpartner und der Wissenschaft zusammensetzt. Sie legt eine generelle Lohnuntergrenze fest, die mindestens 7,50 Euro pro Stunde beträgt.

**Weiterbildung**

Wir fordern ein umfassendes Weiterbildungsgesetz, das einen Rechtsanspruch von ArbeitnehmerInnen auf Förderung jeder staatlich zertifizierten Weiterbildung ohne Einschränkung aufgrund von Altergrenzen oder Berufsgruppen begründet. Dazu wollen wir ein Erwachsenen-BAföG einführen. Weiterbildungs- und Lebenshaltungskosten werden dabei über einen individuellen Mix aus Zuschüssen und Darlehen gefördert.

Ergänzend dazu fordern wir die Einrichtung einer flächendeckenden, unabhängigen Weiterbildungsberatung. Wir wollen eine Absicherung von Langzeit- und Lernkonten gegen die Insolvenz des Arbeitgebers ab der ersten Stunde. Ein besonderer Förderschwerpunkt wird für Geringqualifizierte, Frauen und Migranten eingerichtet.

Die BA muss ihre Ausschreibungspraxis für Weiterbildungsmaßnahmen ändern: Qualitäts- statt Dumpingwettbewerb.

Wir fordern einen Schutz vor Lohndumping, der Mindestlöhne für alle Beschäftigten in allen Branchen vorsieht (siehe oben bei Studentenwerke)

**Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen**

Die Länder sollten sich in einem Staatsvertrag über Mindestanforderungen für Bibliotheken einigen.

Dem Bund fehlt es an der nötigen Kompetenz, und die große Koalition wird diese in der Föderalismusreform II nicht schaffen.

Wir befürworten eine moderne und anschlussfähige Aus- und Weiterbildung im Bibliotheksbereich, deren Qualität durch bundeseinheitliche Standards gesichert wird.

**Forschung**

Wir streben die Abschaffung der Verbeamtung an und setzen uns für ein Arbeitsrecht für die Wissenschaft ein, das unbefristete Arbeitsverhältnisse mit wissenschaftsspezifischem Kündigungsschutz ermöglicht.

Wir sehen die durch das WissZeitVG ermöglichten Kettenbefristungen kritisch und wollen diese reduzieren.

Wir wollen Forschungs- und Institutionsförderung an verbindliche Gleichstellungsziele knüpfen und Gender-Perspektiven zum selbstverständlichen Bestandteil von Forschungsfragen machen.

Wir treten für eine größere Autonomie von Forschungseinrichtungen und Hochschulen ein, die mit einer stärkeren Mitwirkung der Beschäftigten einhergeht.





### Hochschulen

Hochschulen sollen möglichst viel selbst entscheiden können. Das gilt nicht zuletzt für Personal, Finanzen, Auswahl von Studienplatzbewerbern, Organisation und Qualitätssicherung. Wo nötig und hilfreich, soll der Bund unterstützend und anregend wirken (z. B. Hochschulpakt, Exzellenzinitiative).

Die Hochschulen müssen sich stärker für beruflich Qualifizierte öffnen. Fortbildungsabsolventen, Meister, Techniker und Fachwirte sollen den allgemeinen Hochschulzugang erhalten, Gesellen und Facharbeiter einen fachbezogenen. Beruflich erworbene Qualifikationen sind auf das Studium anzurechnen.

### Studierende

Grundlage der Studienfinanzierung für Studierende aus ärmeren Familien bleibt für uns das BAföG. Die Bedarfssätze sind entsprechend der gesetzlichen Vorgabe regelmäßig zu überprüfen und anzupassen. Darüber hinaus setzen wir uns für die bedarfsabhängige Förderung Hochbegabter ein. Wir wollen, dass mindestens fünf Prozent der Studierenden ein Stipendium bekommen. Schließlich sollen Finanzierungslücken der Studierenden auch weiterhin durch günstige Studienkredite unbürokratisch geschlossen werden können.

### Studentenwerke

Die Studentenwerke sind durch Ländergesetze errichtet. Der Bund verfügt insofern über keine Zuständigkeit.

Die Lohnfindung obliegt den Tarifparteien (Art. 9 Absatz 3 GG). Das gilt auch für die Initiative, tarifvertragliche Mindestlöhne für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Die Voraussetzungen hierfür haben wir geschaffen.

### Weiterbildung

Die demografische Entwicklung und die verbesserte gesundheitliche Versorgung erfordern und ermöglichen eine längere Erwerbstätigkeit. Zum Erhalt der Erwerbsfähigkeit gewinnt Weiterbildung einen immer höheren Stellenwert. Mit der Änderung des Vermögensbildungsgesetzes haben wir die Möglichkeit geschaffen, staatlich gefördertes Vermögen für Weiterbildungszwecke einzusetzen. Mit der Weiterbildungsprämie unterstützen wir Bezieher niedrigerer Einkommen, und mit zinsgünstigen Krediten schließen wir Finanzierungslücken. Diese Instrumente wollen wir weiter entwickeln.

### Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen

In Deutschland steht die Gesetzgebungskompetenz für Bibliotheksgesetze grundsätzlich den Bundesländern zu. Auf die Kategorie der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes wurde 2006 verzichtet.

### Forschung

Das wissenschaftliche Personal benötigt Perspektiven. Hierzu tragen der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative maßgeblich bei.

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Qualifikationsstufen weiter fördern. Insbesondere das „Professorinnenprogramm“ des BMBF leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Auf die bewährten Mitbestimmungsregelungen wollen wir auch künftig nicht verzichten. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Hochschulen.



Foto: Deutscher Bundestag/Leiblich/A. Meide



### Hochschulen

DIE LINKE setzt sich für eine bessere Durchlässigkeit ein. Dazu gehören der Master als Regelstudienabschluss ohne Zugangsbeschränkung nach dem Bachelor und ein gebührenfreies Studium. Ein Hochschulzulassungsgesetz soll einen bundesweit offenen Studienzugang ohne individuelle Auswahl durch Hochschulen regeln sowie den Zugang für Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Für besserer finanzierte Studienplätze sollen sich Bund und Länder an realen Studienplatzkosten orientieren. Statt Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative müssen Bund und Länder höhere Grundmittel für Hochschulen finanzieren, um das Betreuungsverhältnis und die Studierendenquote zu verbessern.

### Studierende

DIE LINKE will das BAföG ausbauen: Zunächst wollen wir eine Mindestsicherung für alle einführen, die je nach Einkommen der Eltern zu einem Vollzuschuss aufgestockt wird. Schritt für Schritt soll das BAföG elternunabhängig werden. Die Höchstdauer der Zahlung soll an die durchschnittliche Studienzeit angepasst und die Bedarfssätze an steigende Lebenshaltungskosten per Gesetz gekoppelt werden. Die Sätze sollen auf mind. 694 Euro (gesetzlicher Unterhaltsbedarf plus Krankenkassenbeiträge) angehoben werden. Wünschenswert sind Sätze in Höhe des vom Deutschen Studentenwerk ermittelten durchschnittlichen Bedarfs.

### Studentenwerke

Die Landesregierungen müssen die Privatisierungen stoppen. Anreize zum Lohn-Dumping müssen verschwinden, indem LeiharbeiterInnen ab dem ersten Einsatztag den gleichen Lohn erhalten, ohne dass ein Tarifvertrag schlechtere Bedingungen vorsehen darf. Die Überlassungshöchstdauer darf sechs Monate auf keinen Fall überschreiten. Über den Einsatz von Leiharbeiter müssen Betriebsräte mitbestimmen können. Branchenmindestlöhne sind notwendig.

### Weiterbildung

DIE LINKE fordert ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, das kontinuierliche Weiterbildung im Lebenslauf auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel ermöglicht. Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für die betriebliche Weiterbildung stärker nachkommen. Die Politik muss dies gewährleisten, daher unterstützen wir die Forderung nach Branchenfonds. Die Bundesagentur für Arbeit muss neben kurzfristigen Trainingsmaßnahmen verstärkt längerfristige Weiterbildung fördern. Statt Kostensenkung muss die Qualität der Angebote im Mittelpunkt stehen. Die Einführung eines Branchenmindestlohns darf nicht länger verschleppt werden. Hierüber hinaus müssen bei der Vergabe durch die Arbeitsagenturen klare Sozial- und Tarifstandards gelten.

### Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen

DIE LINKE fordert ein bundesweit geltendes Gesetz, das den Unterhalt öffentlicher Bibliotheken zur Pflichtaufgabe erklärt und Anforderungen an die Ausstattung mit Bibliotheken, deren Standards und Finanzierung festschreibt.

### Forschung

DIE LINKE unterstützt tarifvertragliche Regelungen für alle Beschäftigtengruppen. Wissenschaftsspezifische Vereinbarungen sollten im Rahmen des TVöD/TV-L getroffen werden. Das Gesetz über befristete Arbeitsverträge (WissZeitVG) muss zurückgenommen werden. Statt immer kürzerer Befristungen schlagen wir die Einführung einer verantwortlichen Personalplanung und -entwicklung an Fachbereichen vor. Wir brauchen deutlich mehr Dauerstellen neben der Professur. Befristete Qualifikationswege sollen mit einer Tenure-Track-Option ausgestattet werden; für Promovierende wollen wir nicht Stipendien, sondern Stellen ausbauen. Lehrprofessuren lehnt DIE LINKE ab. Für mehr Geschlechtergerechtigkeit müssen Nachwuchsförderung und Berufungsverfahren nach verbindlichen und transparenten Regeln verlaufen. Die Standards der betrieblichen und wissenschaftlichen Mitbestimmung in Forschungseinrichtungen müssen erhalten und die Partizipation aller Statusgruppen an Hochschulen ausgebaut werden.

## Die Positionen der Parteien zu den ver.di-Forderungen

(Fortsetzung)

# FDP

### Hochschulen

Zur Steigerung der Qualität der Lehre soll im Wettbewerb um Studierende jede Hochschule selbst entscheiden, ob, in welcher Höhe und für welche Studiengänge sie Studienbeiträge erhebt.

Die FDP will den Hochschulen mehr Entscheidungsmöglichkeiten und Verantwortung zubilligen. Dazu gehört auch, über Integration und Mitwirkung der Hochschulgruppen zu entscheiden. Dabei muss jedoch die Handlungsfähigkeit der Hochschule gewahrt werden.

Die FDP spricht sich für die Aufstockung der Finanzmittel für die Hochschulen bei langfristiger finanzieller Planungssicherheit aus. Bei den Beratungen zum Hochschulpakt haben wir einen Kostenansatz gefordert, der „um mindestens 25 Prozent“ über dem derzeitigen Niveau liegt.

Es müssen Anreize für Hochschulen geschaffen werden, den Anteil beruflich Qualifizierter zu erhöhen. Abschlüsse dürfen sich nicht als Sackgassen erweisen, Übergänge zwischen den Bildungszweigen müssen offen sein.

### Studierende

Jedem Studierenden soll die Möglichkeit einer elternunabhängigen Finanzierung der Lebenshaltungskosten durch Darlehen eröffnet werden. BAföG-Bezieher erhalten die Kredite weiter zu vergünstigten Konditionen. BAföG-Förderung und weitere Kreditprogramme zur Studienförderung sind zusammenzuführen.

Das FDP-Modell ermöglicht eine flexible Anpassung der Bedarfssätze. Die FDP fordert den Aufbau eines Stipendiensystems auf international üblichem Niveau. Ziel ist ein Anteil von mindestens 10 Prozent.

### Studentenwerke

Zeitarbeit bietet die Flexibilität, die Unternehmen brauchen, um Auftragspitzen zu bewältigen. Die Zeitarbeit trägt damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei, wenn Unternehmen keine Neueinstellungen vornehmen wollen oder können.

Die FDP lehnt Mindestlöhne durch staatliche Intervention ab.

### Weiterbildung

Die betriebliche Weiterbildung soll auch weiterhin staatlich gefördert werden. Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ist dem Anspruch weitestgehend gerecht geworden, Aufstiegskarrieren zu unterstützen. Deswegen hat die FDP-Bundestagsfraktion die Ausweitung der Förderung z. B. auf Erzieherinnen und Altenpfleger unterstützt.

Bei der BA-Mittelvergabe muss auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt abgestellt werden. Kostenvorteile sollten durch die Standardisierung und Bündelung von Maßnahmen erreicht werden. Das Vergabeverfahren darf aber nicht zur ungerechtfertigten Benachteiligung regionaler Träger führen; die Qualität der Maßnahmen muss gewahrt werden.

Die FDP lehnt einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn ab.

Neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen, Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Wirtschaft sollen die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem verbessern. Dazu gehören bessere Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen zu verbessern. Die FDP will analog zur Bausparförderung auch Bildungssparkonten fördern.

### Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen

Die Länder sollen Bibliotheksgesetze erlassen. Deren Betrieb muss ab einer gewissen Größenordnung der Gemeinden zur Pflichtaufgabe werden. Verfassungsrechtlich problematisch und ordnungspolitisch fragwürdig ist, die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Länder und Kommunen durch Bundesgesetz zu begrenzen.

### Forschung

Die FDP fordert und unterstützt die Verabschiedung eines Wissenschaftstarifvertrages.

Die FDP betrachtet die Anwendungspraxis des WissZeitVG kritisch. Befristete Arbeitsverhältnisse im Wissenschaftsbereich basieren häufig auf drittmittel-finanzierten Forschungsprojekten. Laufen diese aus, können auch die Arbeitsverhältnisse nicht aufrecht erhalten werden.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist verstärkt voranzutreiben. Die Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Entscheidungsprozesse ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Wissenschafts- und Forschungsbetrieb und somit ein Standortvorteil.

# SPD

### Hochschulen

Die SPD will ein gebührenfreies Erststudium bis einschließlich Master. Wir stehen für offene und demokratische Hochschulen. Eine verfasste Studierendenschaft ist hier ein wichtiger Beitrag. Die Hochschulgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden werden.

Erst die SPD hat den Hochschulpakt als Pakt für mehr Studienplätze durchgesetzt. Bis 2015 wird das 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze schaffen. Im Pakt II ist ein „Qualitätsaufschlag“ von 4.000 Euro mehr pro Studienanfänger enthalten. Für die SPD steht die Durchlässigkeit der Bildungswege im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen. Für beruflich Qualifizierte müssen spezifische Studienangebote (z. B. Teilzeit) und Förderinstrumente entwickelt werden.

### Studierende

Die SPD will das BAföG absichern und verbreitern. Wir wollen das Schüler-BAföG ausbauen und die Altersgrenzen beim Studierenden-BAföG anheben, damit es auch für Masterstudierende des zweiten Bildungsweges oder bei weiterbildenden Master-Studiengängen greift.

Das BAföG muss zum Leben reichen. Deshalb wollen wir es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen.

BAföG geht für uns vor Stipendien.

### Studentenwerke

Studentenwerke sollten finanziell gut ausgestattet sein. Leider haben die Länder verhindert, dass im Hochschulpakt ein eigenes Sozialprogramm für mehr Studentenwohnheime, bessere Beratung und Studienbetreuung verhandelt werden konnte. Bessere Verträge setzen eine belastbare Refinanzierung voraus. Hier sind insbesondere die Länder in der Pflicht.

### Weiterbildung

Die SPD will in einem allgemeinen Gesetz zur Erwachsenenbildungsförderung Rechtsansprüche auf Bildung schaffen.

Die SPD befürwortet branchenspezifische Weiterbildungsfonds für die betriebliche Weiterbildung. Langzeitkonten für Weiterbildung sollen attraktiver werden. Mit der „Arbeitsversicherung“ wollen wir den Rechtsanspruch auf eine kostenlose Qualifizierungsberatung für alle einführen.

Wir haben das Recht auf das Nachholen eines Schulabschlusses eingeführt und wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind.

Die SPD hat die BA in die Lage versetzt, nicht mehr den kostengünstigsten Anbieter beauftragen zu müssen, sondern qualitative, nachhaltige und beschäftigungspolitische Vertragsaspekte einzubeziehen.

Die SPD hat mit Erfolg für die Aufnahme der Weiterbildungsbranche in das Arbeitnehmerentendengesetz gekämpft und setzt sich für eine bessere soziale Absicherung der Honorarkräfte ein.

### Bibliotheken, Archive und Dokumentationseinrichtungen

Die SPD setzt sich dafür ein, über Bibliotheksgesetze der Länder öffentliche Bibliotheken zur Pflichtaufgabe zu erklären und Mindestqualitätsstandards zu definieren. Eine Bibliotheksentwicklungsagentur sollte die Bibliotheken unterstützen. Die SPD unterstützt die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Berufsausbildung und Weiterqualifizierung von Beschäftigten in Bibliotheken.

### Forschung

Die SPD fordert seit langem einen Wissenschaftstarifvertrag. Dieser scheiterte bisher an den Ländern und unterschiedlich aufgestellten Forschungsorganisationen.

Das WissZeitVG hat eine gängige Rechtsprechung kodifiziert und Rechtssicherheit geschaffen. Es hat die Befristungspraxis nicht zusätzlich gefördert. Die Befristung ist Teil der Arbeitswirklichkeit von projektbezogen arbeitenden Wissenschaftlern. Das Gesetz wird evaluiert. Etwaige Missbräuche werden umgehend abgestellt, wie die SPD bei der Verabschiedung des Gesetzes zugesagt hat.

Weil freiwillige Maßnahmen zur Gleichstellung nicht erfolgreich waren, fordern wir ein verbindliches, gestuftes Quotensystem in der Wissenschaft.

Die SPD steht zum Grundsatz einer offenen und demokratisch verfassten Hochschule. Ein unangemessener, gar dominierender Einfluss von privaten Partikularinteressen ist zu verhindern.

Hinsichtlich der Mitwirkung gibt es ein verwirrendes Nebeneinander von Landes- und Bundesregelungen. Hinzu kommen die mit dem Betriebsverfassungsgesetz einhergehenden Mitwirkungsrechte etwa bei Großforschungszentren. Für die SPD völlig klar ist, dass bei Änderungen wie etwa der Integration von Hochschulen und Forschungszentren die Mitbestimmung hinreichend abzusichern ist.



# „Wir wehren uns gegen Turbo-Bildung“



Nadia Sergan ist AStA-Vorsitzende an der Uni Frankfurt/Main und Mitinitiatorin des bundesweiten Bildungsstreiks im Juni

**biwifo:** Ist Streik im Bildungsbereich überhaupt ein geeignetes Kampfmittel?

**Nadia Sergan:** Wir wollen uns natürlich nicht der Bildung verweigern. Vielmehr geht es darum, sich Freiräume zu verschaffen, um Bildungskonzepte zu diskutieren – unabhängig von den straffen Studienplänen, wie sie durch die Modularisierung inzwischen üblich sind. Ein Streik ist ein gutes Mittel dafür, weil er den regulären Betrieb lahmlegt. Auch diejenigen, die den Betrieb einfach so weiterlaufen lassen wollen, müssen sich damit beschäftigen.

Was wollten Sie konkret erreichen?

Das Allerwichtigste war uns, eine große Debatte loszutreten über das Bildungssystem – und das haben wir auch geschafft. Bis in den Bundestag hinein wurde diskutiert. Viele Schülerinnen und Schüler sind politisiert worden. Unsere vier konkreten Forderungen sind die Demokratisierung der Hochschulen und Schulen, eine Reform des Bolognaprozesses, keine Zulassungsbeschränkungen zum Masterstudium und keine Privatisierung von Schulen und Hochschulen.

Wie geht es jetzt weiter?

Da läuft vieles dezentral. Vielerorts gibt es ja spezifische Problematiken. So existieren zum Beispiel in Bayern und Baden-Württemberg keine verfassten Studentenschaften. Das zu ändern, ist dort ein ganz großes Ziel.

Wollen Sie den Bolognaprozess stoppen, abschaffen oder ihn verändern?

Wir reden immer von der Abschaffung des Bachelor und Master in seiner derzeitigen Form. Es geht nicht darum, die Namen zu verändern, sondern um inhaltliche und strukturelle Fragen. Wir wehren uns gegen Turbo-Bildung. Der Trend geht immer mehr dazu, dass alles schnell, schnell gehen muss – marktgerecht und marktorientiert. Aber wir möchten Zeit haben, die Reife entwickeln, uns intensiv mit unseren Fächern auseinander setzen können. Und wir möchten nicht, dass ein Studium zu einer Ausbildung verkommt.

Wie wollen Sie konkret vorgehen?

Wir drängen darauf, dass die Hochschulleitungen zum Dialog bereit sind. Zusammen mit den ProfessorInnen wollen

wir fachübergreifend beraten, wo die Probleme liegen und wie man sie beheben kann.

Sie suchen also ihre AnsprechpartnerInnen in erster Linie auf lokaler Ebene. Oder sehen Sie auch auf Landes- oder Bundesebene die Notwendigkeit, etwas zu ändern?

Natürlich. Aber das alleine bringt nichts. Wenn wir sagen, wir wollen mehr Geld im Bildungsbereich, müssen wir auch sagen können, wofür genau. Dafür muss es Konzepte geben, an denen man konkret aufzeigen kann, welche Kosten dafür entstehen. Das haben wir bei den Studiengebühren gesehen. Es wurde gesagt, dass das Geld für die Lehre eingesetzt werden sollte – aber das ist nicht gezielt geschehen. Deswegen muss es konkrete Konzepte geben, und die müssen jetzt erarbeitet werden, um damit anschließend an die Politik heranzugehen.

Bildungsministerin Annette Schavan hat gesagt, die Protestaktionen seien „gestrig“.

Den Begriff „gestrig“ finde ich lustig, weil wir genau im Gegenteil sagen würden, was wir mit dem Bildungsstreik erreicht haben, ist progressiv: Nämlich eine breite Bewegung aus SchülerInnen, Studierenden, SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen zu schaffen. Dass Frau Schavan nicht sieht, dass beim Bolognaprozess etwas Grundlegendes schief läuft, wundert uns. Denn inzwischen haben sich dieser Position ja auch zahlreiche Hochschulleitungen angeschlossen. Vieles hat sich verschlechtert in den letzten Jahren: Die Studienabbrecherquoten sind gestiegen, die Mobilität zwischen den Hochschulen ist schwieriger geworden.

Hat Sie die große Teilnahme am Bildungsstreik erstaunt?

Die Projektgruppe Bildungsstreik war überrascht, wie nach einigen Rückschlägen in der Anfangsphase die Initiativen nur so aus dem Boden schossen. Und dann waren plötzlich 250.000 Menschen an einem Tag auf der Straße – wir hatten mit maximal 150.000 gerechnet. Sehr viele Hochschulgebäude waren besetzt, kurze Zeit sogar das Mainzer Abgeordnetenhaus. Straßenbahndepots und Straßen wurden blockiert, Banken symbolisch überfallen. Da war schon eine große Entschlossenheit zu sehen, sich einzumischen und mitbestimmen zu wollen – und dafür auch etwas zu riskieren. ●

Interview: Annette Jensen

### ■ ProfessorInnen verdienen unterschiedlich viel

Im Vergleich der Bundesländer lohnt es sich, in Hessen eine Professur zu haben. Mit durchschnittlich 82.500 Euro Jahresgehalt liegt man dort gut 20 % über Thüringen mit 67.610 Euro. Auch im Saarland und in Bayern ist man mit 80.000 bzw. 79.000 Euro gut dabei. ProfessorInnen verdienen im Schnitt weniger als ihre männlichen Kollegen, weil sie in der Regel geringere Berufszulagen aushandeln.

### ■ Bundesverwaltungsgericht urteilt über Studiengebühren

Erstmals hat sich ein Bundesgericht mit der Frage der Rechtmäßigkeit von Studiengebühren befasst. Das Bundesverwaltungsgericht erklärte die Studiengebühren von 500 Euro/Semester in NRW mit dem Grundgesetz und dem UN-Sozialpakt für vereinbar. Da die Studierenden so genannte Studienbeitragsdarlehen beantragen könnten und deren Rückzahlungsmodalitäten sozial verträglich seien, sei das Recht auf Chancengleichheit nicht verletzt. Die Kläger wollen jetzt das Bundesverfassungsgericht anrufen.

### ■ US-Universitäten im Krisenstrudel

Zum Glück haben wir noch nicht alles aus den USA übernommen, sonst stünde es noch viel schlechter um die hiesige Bildungsfinanzierung. US-Universitäten haben aufgrund der Finanzmarktkrise Milliarden an Dollars verspekuliert. Allein Harvard verlor im letzten „Geschäftsjahr“ rund 10 Milliarden Dollar, was fast 1/3 ihres Stiftungskapitals entspricht. Viele amerikanische Hochschulen müssen jetzt bei Ausstattung und Personal kürzen, auf die Studierenden kommen höhere Studiengebühren zu.

# Mangelhaft als Durchschnittsnote

**Vor sieben Jahren wurde die Vergabe von Kursen, die die Bundesagentur für Arbeit (BA) fördert, neu geregelt – und dabei auch die Qualitätssicherung. Inzwischen ist selbst dem Auftraggeber klar: Das System funktioniert so nicht.**

VON ROLAND KOHSIEK

Anfang 2003 trat die Anerkennungs- und Zulassungsverordnung in Kraft. Sie standardisierte und privatisierte die Qualitätskontrolle. Aufbauend auf Qualitätsmanagementsystemen der Träger wurde ein gestuftes Akkreditierungs- und Zertifizierungsverfahren eingeführt. Sowohl das Bundesarbeitsministerium als auch die Bundesagentur hofften, die Qualitätsprobleme damit generell gelöst zu haben.



Foto: Werner Bachmeier

Alltag in der Jugendwerkstatt Gießen

Seit etwa drei Jahren sind nun vermehrt Prüfgruppen der Auftraggeber unterwegs. Zwar hält sich die Bundesagentur mit Informationen und Schlussfolgerungen zurück. Doch klar ist, dass Mängel keine Einzelfälle sind. Für jeden, der in der Weiterbildungsbranche einigermaßen kundig ist, ist klar: Unter den aktuellen Vergabebedingungen ist es oft unmöglich, die Maßnahmen vertragsgerecht durchzuführen. So soll beispielsweise ein von einer ARGE vergebener Deutsch-als-Fremdsprache-Kurs mit 1,49 € pro Teilnehmerstunde auskommen. Maximal 25 Lernende sind zugelassen – gezahlt wird nur, wenn sie tatsächlich auch anwesend sind. Auch eine IT/EDV-Trainingsmaßnahme ist mit 1,54 € pro Nase und Stunde bei maximal 16 TeilnehmerInnen nicht vertragstreu durchzuführen.

Und immer wieder hört man von einem Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Kurs „ausbildungsbegleitende Hilfe für Jugendliche“ sogar mit nur 0,79 € pro Teilnehmerstunde bezahlt wurde. Damit ist die zugesagte Leistung nicht zu erbringen, selbst wenn ausschließlich Honorarkräfte unterrichten und die weniger als 10 € pro Stunde verdienen.

Die Prüftrupps, die bei den Trägern vorstellig werden, kommen von der Bundesagentur selbst, von den örtlichen Agenturen und von den Regionalen Einkaufszentren (REZ). Manche kontrollieren die Ausstattung, andere interessieren sich für die Durchführung der Maßnahme und den Personaleinsatz oder die finanzielle Solidität des Trägers. Die BA selbst sprach Anfang 2009 von einer Mängelquote von 42 %. Der Bundesrechnungshof hat die Prüfkativitäten der BA selbst untersucht und bei Trainingsmaßnahmen in 53,7 % der Fälle Mängel festgestellt, bei berufsvorbereitenden Maßnahmen sogar in 57,7 %.

Viele Beschäftigte sind stark verunsichert. Zum Teil sehen sie das Auftreten der Prüfgruppen kritisch, zumal sie häufig (mit-)verantwortlich gemacht werden für die negativen Ergebnisse. Dabei arbeitet ein Großteil von ihnen mit extrem hohem Engagement und guckt oft nicht auf die Uhr, wenn ein Teilnehmer mit einem Problem nach Kursschluss ankommt.

Es sind die Arbeitgeber, die sich mit nicht haltbaren Kalkulationen auf Maßnahmen bewerben und dann die Verträge unterschreiben. Eine sinnvolle Form der Qualitätsprüfung ist im Prinzip zu begrüßen, weil nur so solide von unseriösen Trägern zu unterscheiden sind. Die Leitungen der Träger sind aufgefordert, sich in einem Arbeitgeberverband breit zu organisieren. Der muss den Auftraggebern deutlich machen, dass die Qualitätsmängel ein von der BA selbst produziertes, strukturelles Problem darstellen.

Qualität und ihrer Kontrolle zu politisieren, ist auch Sache der Betriebsräte und Beschäftigten. Auf Mängel ist der Arbeitgeber anzusprechen. Es ist eine Frage der Unternehmenspolitik, wie sich der einzelne Träger am Markt verhält und ob er sich an einer machtvollen Branchenvertretung beteiligt. Auf Seiten der Beschäftigten ist ver.di bereits dabei. ●



**Militärforschung im Universitätszweig und ein Militärforschungsverbot im Großforschungszweig: Diese Aufteilung soll nach dem Willen von Bundes- und Landesregierung künftig im Karlsruher Institut für Technologie KIT gelten. Das KIT entsteht aus der Verschmelzung von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe. Beschäftigte, Gewerkschaften und Studierende halten die Aufgabentrennung für unmöglich. Sie fordern deshalb, im gesamten KIT auf Militärforschung zu verzichten und das mit einer einheitlichen Zivilklausel abzusichern. Unterstützung kommt von internationalen Persönlichkeiten wie Bürgermeister Akiba aus Hiroshima.**

VON DIETRICH SCHULZE

Die Kritiker fragen: Warum kann die Universität Karlsruhe nicht einfach in die Zivilklausel des Forschungszentrums einbezogen werden? Der Grundsatz „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke“ gilt dort seit über 50 Jahren – mit großem Nutzen für die Allgemeinheit. Der zuständige baden-württembergische Wissenschaftsminister Peter Frankenberg und seine Beamten argumentierten dagegen:

1. Bei der Sicherheitsforschung sei Ziviles und Militärisches nicht auseinander zu halten. (August 2008)
2. Zur Sicherung des Friedens gehöre die Verteidigung und somit auch die entsprechende Forschung. (Oktober 2008)
3. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit verbiete Zivilklauseln. (Oktober/Dezember 2008)
4. Die Zivilklausel im KIT-Großforschungsbereich beizubehalten sei Wunsch des Bundes. Der Minister plädiert dagegen für die Möglichkeit militärischer Forschung am KIT. (März 2009)
5. Die Forschung der Universität Karlsruhe diene dem Frieden, weil die Bundeswehr friedliche Zwecke verfolge. (April 2009)

6. In einem demokratischen Rechtsstaat mit einer demokratischen Armee sei eine Zivilklausel nicht notwendig. Die Wissenschaft müsse dafür sorgen, dass die Armee optimal ausgestattet sei, um die Bürger zu schützen. (Mai 2009)

Dazu einige Fakten. Die Universität betreibt am Nachrichtentechnischen Institut Militärforschung im Auftrag der Bundeswehr. Sie ist organisatorisch und personell mit benachbarten militärischen und zivilmilitärischen Forschungseinrichtungen verflochten.

ver.di strebt eine KIT-Tarifvertragsregelung an, um die Gewissensfreiheit zu schützen, wenn jemand die Mitarbeit für militärische oder zivilmilitärische Zwecke verweigert.

Argument Nr. 3 wurde im Februar durch ein Gutachten des Verfassungsrechtlers Erhard Denninger widerlegt: Die Friedensorientierung stehe in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Auftrag öffentlich finanzierter Hochschulen.

Die Studierenden der Universität Karlsruhe haben sich im Januar 2009 mit klarer Mehrheit für die Aufnahme einer einheitlichen Zivilklausel in das KIT-Gesetz ausgesprochen. Solch eine Urabstimmung ist ein bundesweites Novum. Zudem haben mehr als 60 Prominente im Mai 2009 einen Appell unterschrieben, Kernenergie- und Waffenforschung in Deutschland nicht unter einem Dach zu betreiben. Zu den UnterzeichnerInnen gehören Hiroshima-Bürgermeister Tadatoshi Akiba und Physik-Nobelpreisträger Jack Steinberger.

Das alles hat Minister Frankenberg nicht angefochten – und offenbar auch die Bundesregierung nicht. Die Einwände gegen die geteilte Zivilklausel wurden mit dem Mitte Juni im Landtag vorgelegten Gesetzentwurf für das KIT vom Tisch gewischt. Zugleich sollen die wissenschaftlichen, studentischen und betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungs- und Mitbestimmungsregelungen zugunsten einer Steuerung im Interesse der Wirtschaft fast vollständig beseitigt werden.

Baden-Württembergs Regierung kann sich ihrer Mehrheit im Landtag sicher sein, aber nicht des Restes der Welt. Der Widerstand wird fortgesetzt. ●

Die laufend aktualisierte Online-Dokumentation der Auseinandersetzung um die Zivilklausel:  
[www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf](http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf)

■ **BAföG hat Einfluss auf Erfolg**

Das DIW hat eine Untersuchung über Studienfinanzierung und -erfolg veröffentlicht. Untersucht wurden die alten Studienabschlüsse Magister und Diplom zwischen 1984 bis 2007. Demnach ist die Wahrscheinlichkeit, das Studium bis zum 16. Semester abgeschlossen zu haben, bei BAföG-Höchstsatzeempfängern fast doppelt so hoch (nämlich 86 %) wie bei Studierenden, die von ihren Eltern unterstützt werden. Entscheidend ist dabei der Höchstsatz. Denn Studierende, die lediglich den durchschnittlichen Satz von 375 Euro/Monat oder weniger erhalten, brechen das Studium häufiger ab (42 %). Unabhängig von der Finanzierung hängt der Studienerfolg davon ab, wie viel Zeit die Studierenden für das Studium selbst haben. Jede zusätzliche Stunde erhöht die Wahrscheinlichkeit, den Studienabschluss zu schaffen um 0,3 Prozentpunkte – so das DIW.

■ **Studium lohnt sich**

Zehn Jahre nach ihrem Hochschulabschluss haben mehr als 80 % der Fachhochschul- und mehr als 70 % der UniversitätsabsolventInnen einen unbefristeten Vollzeitjob und sind grundsätzlich mit ihrer Arbeit zufrieden. Nur ein Prozent der von HIS (Hochschulinformations-System, Hannover) Befragten bezeichnen sich als arbeitslos. Während fast alle Männer arbeiten, sind 20 % der befragten Frauen nicht erwerbstätig, meistens wegen Familiengründung.

Im Schnitt verdienen AkademikerInnen 60.000 Euro/Jahr. WirtschaftsingenieurInnen sind Spitzenreiter mit durchschnittlich 87.000 Euro, GeisteswissenschaftlerInnen mit durchschnittlich 47.500 Euro befinden sich am anderen Ende der Skala.



■ **Kurzarbeit oft ohne Perspektive**

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) warnt davor, sich in der Kurzarbeit einzurichten. Wo dauerhafte Perspektiven fehlten, verzögere Kurzarbeit die notwendige strukturelle Anpassung. Auch bei Weiterbildung in der Kurzarbeit sei Skepsis angebracht, wenn die Unternehmen auf eine arbeitsplatzspezifische Qualifizierung setzten – was häufig der Fall sei.

■ **Ohne jeden Berufsabschluss**

Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss, weil sie entweder keine Azubistelle gefunden oder eine Lehre abgebrochen haben. Das geht aus einem Gutachten der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hervor. Offensichtlich taugt die von Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) eingeführte freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht, ausreichend Azubiplätze zur Verfügung zu stellen.

■ **Familienfreundlichkeit will gelernt sein**

Der DGB möchte Betriebs- und Personalräte dabei unterstützen, die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen familienfreundlicher zu gestalten. Gemeinsam mit Bildungsträgern organisiert der Gewerkschaftsdachverband dafür Angebote [www.familie.dgb.de/service/termine\\_html/](http://www.familie.dgb.de/service/termine_html/)

■ **Azubis sollen im Ausland lernen**

Der Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) will, dass mehr Azubis einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren können. Dafür soll ein bundesweites Netzwerk von 40 Mobilitätsberatern aufgebaut werden.

## Ein kleiner Schritt vorwärts

**Bis vor zwei Jahren galten an Berliner Hochschulen einheitliche Honorarsätze für Lehrbeauftragte: 21,40 Euro/Stunde inklusive Vor- und Nachbereitung war die unterste Bezahlung. Viele Lehrbeauftragte fürchteten, dass es nach Auslaufen der Vorschrift abwärts gehen würde. Immerhin gelang es, 21,40 Euro als Mindestsatz zu halten. Nun bleibt es jeder Hochschule überlassen, die Sätze zu erhöhen – oder nicht, was meist der Fall war.**

So sah es zunächst auch an der Technischen Universität aus. Doch die ver.di-Liste im Akademischen Senat beantragte eine Honorarerhöhung. Lehrbeauftragte rechneten vor, dass sie – alle Arbeiten eingerechnet – auf weniger als 4 Euro Stundenlohn kamen. Die anschließend

eingeriichte Arbeitsgruppe ermittelte Kosten von „nur“ 100.000 Euro für die geforderte Erhöhung – eine „machbare“ Summe bei einem Haushalt von rund 300 Millionen. Seit dem 1. April gilt folgender Kompromiss: Als Stundensatz für Praktika, also die Beaufsichtigung und Anleitung von Studierenden, bleiben 21,40 Euro. Lehrbeauftragte bekommen mindestens 25 Euro/Stunde, für Sprachunterricht gibt es 30 Euro, für fachsprachlichen Unterricht 35 Euro.

Doch wir wollen mehr: Die Lehrbeauftragten müssen Mitglieder der Universität werden, damit sie bestimmte Leistungen in Anspruch nehmen können und das aktive Wahlrecht haben. Darüber hinaus brauchen sie eine Anlaufstelle. ●

Hannelore Reiner

## Langer Marsch zu Tarifgesprächen

**Die Studierenden brauchen einen Tarif. Dem haben die Länder im Prinzip auch zugestimmt. Einen Termin für entsprechende Gespräche gibt es aber noch nicht. Vielleicht kommt das Thema Mitte Oktober in Hannover bei der Überarbeitung der Entgeltordnung auf den Tisch.**

Das Bild vom „HiWi“ ist oft abwertend: Sie kopieren für den Prof, machen die Ablage und holen ab und zu ein Buch aus der Bibliothek – oder sie nehmen dem tarifgebundenen Personal die Arbeit weg. In diesem Sinne hat der Personalrat an der Universität des Saarlandes das Thema in seiner jüngsten PR-News aufgegriffen. Von Tariffucht ist da die Rede.

Werden Studierende tatsächlich für klassische Aufgaben des Verwaltungs- und technischen Personals eingesetzt? In der Tat ist das wohl so. Fragt ein Personalrat bei der Personalabteilung an, welche Tätigkeiten die als „studentische“ oder auch „wissenschaftliche“ Hilfskräfte Eingestellten übernehmen, kann diese Frage nicht beantwortet werden. Tätigkeitsbeschreibung gibt es nicht. Viele Verträge laufen nur wenige Monate und beinhalten nicht selten weniger als zehn Wochenstunden. Weil die Beschäftigungsverhältnisse nicht unter den Tarifvertrag (TV-L)

fallen, können Hochschulen nach Gutdünken entscheiden, wie sie diese Studierenden entlohnen.

In der Konsequenz werden Studierende als Bibliotheksaufsicht eingesetzt, übernehmen Sekretariatsaufgaben bis hin zur Webseitenadministration – vielfach Aufgaben, die mit dem Forschungs- oder Lehrbetrieb nicht unmittelbar zu tun haben. Die Studierenden in ver.di wehren sich. Seit Jahren fordern sie eine tarifliche Absicherung für ihre Tätigkeiten an den Hochschulen. Zum einen für eine bessere Bezahlung, zum anderen aber auch, um das negative Image des „HiWis“ am Kopierer loszuwerden.

Berlin ist das einzige Bundesland mit einem Tarifvertrag für die studierenden Beschäftigten an Hochschulen. Ein Stundenlohn von knapp 11 Euro, Mindestvertragslaufzeiten von zwei Jahren, mindestens zehn Wochenstunden und tariflicher Urlaub gestatten es ihnen, ihr Studium weitgehend selbst zu finanzieren. Eine 2008 von ver.di und GEW durchgeführte Befragung ergab eine hohe Zufriedenheit mit den Bedingungen. Auffällig ist auch, dass der Organisationsgrad unter den Studierenden in Berlin signifikant hoch ist. ●

Daniel Koster



Foto: verdi

250.000 Menschen demonstrierten am 17. Juni in ganz Deutschland für eine bessere Bildung – so wie in Berlin. Hier waren auch die schlechten Arbeitsbedingungen der Mensabeschäftigten Thema

## Prekäre Soße – ungenießbar!

**Den Studierenden ging es beim Bildungsstreik nicht nur um ihre eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mehrere Aktionen richteten sich auch ganz konkret gegen die miese Behandlung von anderen Menschen auf dem Campus. In Berlin solidarisierten sich Studierende der Humboldt-Uni, der Technischen Uni sowie der Alice-Salomon-Hochschule mit Beschäftigten des Studentenwerks, denen eine Eingruppierung in die unterste Lohngruppe droht.**

Viele Studierende, die hungrig in Richtung Mensa eilten, konnten die Aktion nicht übersehen. Punkt 12 Uhr hatten sich 50 ihrer KommilitonInnen vor der TU-Kantine aufgebaut und ein großes Transparent entrollt. Darauf war zu lesen: „Besonderes Angebot des Studentenwerks: Portion Niedriglohn auf Leiharbeitsrücken in prekärer Soße – ungenießbar!“

Auf Flugblättern wurden die Vorbeigehenden darüber informiert, dass die Geschäftsführerin des Studentenwerks den Beschäftigten empfindliche Einschnitte androht: Petra Mai-Hartung will die Arbeitszeit erhöhen, den Lohn einfrieren, das Weihnachtsgeld kürzen – und das, obwohl das Berliner Studentenwerk seit 2004 von den bundesweiten Tarifsteigerungen abgekoppelt ist. Für die Beschäftigten bedeutet das, dass sie schon jetzt mit einem Kaufkraftverlust von 12 bis 16 %

konfrontiert sind. Und nun sollen viele von ihnen zusätzlich als so genannte „Un- und Angelernte“ in eine Niedriglohngruppe abgedrängt werden. Als „Knautschzone“ bezeichnet die Geschäftsführung diese Beschäftigten. Bis zu 700.000 Euro jährlich will sie hier einsparen.

Toni Garde, Studentin und Mitorganisatorin der Aktion, kommentierte die Pläne so: „Menschen sind keine ‚Knautschzone‘! Wir Studierenden sind auf die Arbeit der Beschäftigten des Studentenwerks angewiesen. Ohne sie würde einfach nichts an der Uni laufen. Und von guter Arbeit muss man gut leben können.“ Unter großem Applaus forderten die AktivistInnen Lohn erhöhungen für alle Beschäftigten in den Mensen, einen Mindestlohn von 10€ und die Umwandlung der Leiharbeitsverträge in feste und sichere Verträge. „Es werden mehr und mehr Leiharbeitskräfte als Druckmittel eingesetzt. Sie bekommen nur 50 % des regulären Lohns!“, klärte Toni Garde ihre essenden KommilitonInnen auf.

Die Motivation für die Solidarität mit den Beschäftigten begründete die Studentin so: „Die Ausweitung des Niedriglohnsektors betrifft uns alle. Viele Studierende müssen zur Finanzierung ihres Studiums jobben, machen unbezahlte Praktika und wissen nicht, wozu ihr Bachelor-Abschluss gut sein wird. All das sorgt für ein Klima der Unsicherheit und der Konkurrenz, in dem die Grenze des Zumutbaren immer weiter nach unten gedrückt wird – überall. Dagegen hilft nur eins: uns gegenseitig zu unterstützen!“

Der Geschäftsführerin Petra Mai-Hartung wurde zum Abschluss der Aktion ein Forderungskatalog hinterlassen. Zugleich kündigten die Studierenden ihr an, dass sie künftig als TeilnehmerInnen von Tarifeinsetzungen anzusehen sind: „Gewöhnen Sie sich schon an den Gedanken. So lassen wir uns nicht abspesen!“

„Heute haben wir ein klares Signal gesendet, dass wir auf Solidarität statt Konkurrenz setzen und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen“, resümiert Toni Garde die Aktionen. Die Kämpfe für ein soziales Bildungssystem und für würdige Arbeitsbedingungen gehörten untrennbar zusammen. Es dürfe nicht sein, dass der Kostendruck auf die Beschäftigten abgewälzt werde. „Das Studentenwerk, die Unis, Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen endlich ausreichend öffentlich finanziert werden!“ ●

### ■ Korrektur I

In der letzten Nummer des biwifo reports 01/2009 wurde auf Seite 7 über Leiharbeit in der Weiterbildung berichtet. Dabei hat sich leider ein sachlicher Fehler eingeschlichen. In einer Aufzählung von Trägern, die „Billigtöchter“ gegründet haben, wird auch die Rackow Schule in Hamburg genannt. Das ist nicht richtig. Die Rackow Schule in Hamburg hat keine Tochtergesellschaft gegründet. Die Rackow Schule gGmbH ist selbst Tochtergesellschaft der Stiftung Bildung und Handwerk in Paderborn. Für diesen Fehler möchten wir uns entschuldigen. Allerdings muss im Zusammenhang der Argumentation des Artikels schon erwähnt werden, dass Rackow Eingangsgelälter zahlt, die selbst in Hamburg deutlich unterdurchschnittlich sind, während die Honorarquote eher überdurchschnittlich ist.

### ■ Korrektur II

Auch bei den Sonderseiten zu den Streiks im vorigen biwifo-Heft ist uns ein Fehler unterlaufen. Dort sind vier Fotos von Albert Flock aus Bonn zu sehen, die leider anderen Fotografen zugeordnet wurden. Wir bitten um Entschuldigung. In der Internetausgabe kann man sehen, wie es richtig ist: <http://biwifo.verdi.de/publikationen/report/data/biwifo2009-01.3.pdf>

### ■ ver.di-Bildungsinfos im Netz

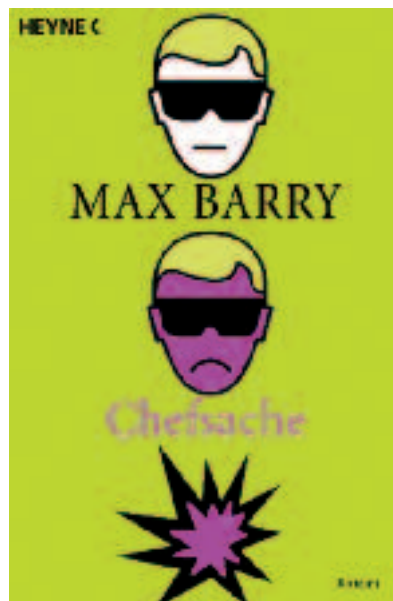
Die Bildungspolitik in ver.di hat sich ein neues Gesicht im Netz gegeben. Informationen rund um die Berufliche Bildung, die Qualifizierung und das Prüfungswesen sowie die Weiterbildungspolitik können dort abgerufen werden. Die Homepage erreicht man unter: <http://bildungspolitik.verdi.de>

# Bitterböse Satire

„Chefsache“ ist ein Roman von Max Barry – die deutsche Übersetzung erschien im November 2006 als Taschenbuch. Es beschreibt die Absurditäten der Organisation eines fiktiven Großkonzerns mit einem Zynismus, der wohlthuend ist für Menschen, die gute Arbeit leisten wollen und sich durch organisatorische Merkwürdigkeiten immer mehr behindert fühlen.

Für welche Personen ist dieses Buch eine empfehlenswerte Lektüre? Nun, das kommt ganz darauf an...

Wenn Sie sich nicht zu den „Kennzahlen-Fetischisten“ zählen und weder im Bereich Controlling noch Kosten-/Leistungsrechnung arbeiten, kann Ihnen diese bitterböse Satire nur Freude bereiten. Die Personen, die hier ihr Geld verdienen, stehen dagegen in einem ungünstigen Licht: Mit Freude haben sie festgestellt, dass man auch mit begrenzter Intelligenz und ohne besondere Fachkenntnisse eine ungeahnte Bedeutung erlangen kann. Für ihre KollegInnen in der Wirklichkeit könnte das Buch eine ernsthafte psychische Bedrohung darstellen.



Generell kann dieses Buch immer auch zur „Burn-Out-Prophylaxe“ verwendet werden. Sollten Sie aufgrund von Vorgaben, Leitbildern und Firmenphilosophien Ihr Gehirn am Arbeitsplatz bereits abgeschaltet haben, schalten Sie es bitte wieder ein – das ist besser für Sie selbst und Ihr Gehirn! Das Buch wird Ihnen dabei helfen. ●

Jörg Bechlars

**Max Barry,**  
**Chefsache, Heyne-Verlag**  
12 Euro

## PODIUMSDISKUSSION

### ■ Bundestags-abgeordnete stellen sich unseren Fragen

Der Count-down bis zur Bundestagswahl läuft: Einen Monat vor dem Urnengang wollen wir mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Politik über aktuelle Aspekte der Bildung sprechen. Themen werden sein: Chancengleichheit, Bildungsbeteiligung, Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems und individuelle Förderung. Auf einer Podiumsdiskussion werden sich die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Bundestagsfraktionen – Stefan Müller, CDU; Dr. Ernst-Dieter Rossmann, SPD; Priska Hinz, Bündnis 90/Die Grünen; Cornelia Pieper, FDP und Volker Schneider, Die Linke – den Fragen des Publikums stellen.

Das Programm für die Tagung kann unter <http://bildungspolitik.verdi.de/veranstaltungen> im Internet eingesehen werden. Dort kann man sich auch anmelden. Die Kosten für die Tagung am **28. und 29. August in Berlin** trägt ver.di.

Führungskräfte, die ihre Machtposition mit einer gelungenen Mischung aus Lügen, Intrigen und Inkompetenz ausfüllen, können mit diesem Buch ihre Fähigkeiten vervollkommen – sollten die Lektüre aber unbedingt vor ihren MitarbeiterInnen geheim halten. Für Mitglieder von Betriebs- bzw. Personalräten, die sich mit Themen zur „Verhaltens- und Leistungskontrolle“ herumschlagen, sollte der Roman Pflichtlektüre werden. Und für Personen, die nach der 17. Umstrukturierung an ihrem Arbeitsplatz gezwungen sind, therapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen, bietet dieses Buch einen fantastischen „Return on Investment“: Mit der Lektüre können sie mindestens drei Therapiestunden einsparen.

## Seminare des Fachbereichs 2009

Datum	Thema
23. bis 28. August	<b>Hochschule in Deutschland</b> – Privileg des Bildungsbürgertums oder Motor der gesellschaftlichen Entwicklung? Mosbach
9. bis 11. September	<b>Was tun gegen Arbeitsverdichtung?</b> – <b>Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Weiterbildung</b> , Berlin
14. bis 18. September	<b>Aktiv in Betrieb und Gesellschaft</b> , Berlin
12. bis 16. Oktober	<b>Frauen in Führungsfunktionen</b> – <b>Pilotprojekt</b> , Berlin
13. bis 15. November	<b>Berufseinstieg</b> – <b>Wissenschaft</b> , Saalfeld
18. bis 20. November	<b>Partizipation auf dem Prüfstand bei der Einführung von Qualitätsstandards für Studium und Lehre</b> – Qualitätssicherungssysteme in Hochschulen erfordern ein neues Zusammenspiel von Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsgremien. Bausteine für die Entwicklung einer „gesicherten“ Qualität von Interessenvertretung, Saalfeld
23. bis 25. November	<b>Veränderungsmanagement in Bibliotheken</b> – Informationskompetenz und die Auswirkungen auf die Personalratsarbeit, Würzburg

Weitere Informationen: <http://biwifo.verdi.de/veranstaltungen>



**Klaus Kock ist Soziologe und arbeitet an der Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt in der Sozialforschungsstelle der TU Dortmund**



Foto: Privat

Klaus Kock

## Die Krise ist keine Chance

Die letzte Hoffnung in der Krise ist immer die, dass die Geschichte sich von selbst zum Guten wenden möge. Ist nicht jede Krise auch eine Chance? Vielleicht bekommen die Gewerkschaften nun wieder mehr Zulauf? Und werden nicht am Ende solche Betriebe besser dastehen, die Qualitätsprodukte herstellen – mit qualifiziertem Personal zu ordentlichen Bedingungen? Gespräche, Interviews und Diskussionen, die ich in letzter Zeit in Arbeitswelt und Wissenschaft geführt habe, zeigen mir etwas anderes. Der Strukturwandel, dem die Arbeit in den letzten Jahren unterworfen wurde, hat dafür gesorgt, dass schon die Ausgangsbedingungen in der Krise schlecht sind.

Der Zusammenhang zwischen qualifizierter Arbeit und guten Arbeitsbedingungen wurde inzwischen weitgehend aufgelöst. Man höre sich nur einmal Erfahrungsberichte aus Banken oder Versicherungen an, einem Bereich, der vor einiger Zeit noch als Bastion qualifizierter Arbeit galt. Nicht nur wurden viele Routinearbeiten in klassisch-tayloristischer Manier abgespalten und in durchrationalisierten Abteilungen organisiert. Auch qualifizierte Tätigkeiten in Verkauf und Kundenbetreuung sind durch Zielvorgaben und rigides Controlling so eng an den Markterfolg gebunden, dass die Beschäftigten Druck und Verunsicherung gleichermaßen spüren.

Anderswo – beispielsweise in der IT-Branche – wird in Projekten gearbeitet. Das ermöglicht den Beschäftigten eine hohe Autonomie,bürdet ihnen aber auch die Verantwortung auf, am Markt zu bestehen und neue Projekte zu akquirieren. Unbezahlte Überstunden sind die Regel, ständige Überforderung ist vorprogrammiert.

Kreative Arbeit im Webdesign, im Journalismus und im weiteren Kulturbereich ist in zunehmendem Maße gar nicht mehr als Beschäftigungsverhältnis organisiert: Hier haben wir es mit Honorarkräften und Selbstständigen zu tun. Typischerweise arbeiten sie allein. Der Markt für

ihre Dienstleistungen ist wenig transparent, in der Preisbildung besteht eine große Unsicherheit, begleitet von Konkurrenzangst. Über prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Bildung, Wissenschaft und Forschung ist in dieser Zeitschrift ausführlich berichtet worden. Im Ergebnis wird heute hochqualifizierte Arbeit zu Niedrigeinkommen gehandelt.

Aber gibt es nicht auch eine neue Sehnsucht nach Solidarität, die hoffen lässt, dass wir gemeinsam etwas verändern können? Auch hier scheint die Wirtschaft „vorgesorgt“ zu haben, damit die Sehnsucht ohne Konsequenzen bleibt. Ehemals einheitliche Belegschaften sind in den letzten Jahren in viele verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen aufgespalten worden. Es beruhigt die Stammbeschäftigten, dass nun zuerst die LeiharbeiterInnen, dann die Befristeten ihren Arbeitsplatz räumen müssen. Die Ruhe dauert allerdings nur bis zur nächsten Krisenrunde. Jetzt wird Kurzarbeit eingeführt – aber längst nicht gleichmäßig für alle. Wer den meisten Arbeitsausfall hat ahnt, dass man auf ihn zuerst verzichten wird. Keineswegs solidarisch geht es hier zu.

Wo früher Großbetriebe vorherrschten, sind heute zahlreiche Kleinbetriebe zu finden. Oft sind sie von wenigen Auftraggebern abhängig, vielfach sogar auf deren Betreiben durch „Outsourcing“ oder „Franchising“ entstanden. Was soll der Chef tun, wenn die Kundschaft wegbleibt und die Bank ihm keinen Kredit einräumt? Dass er Leute entlassen muss, ist logisch – es sei denn, alle verzichten auf einen Teil ihres Einkommens. Tarifvertrag? Das würde den Betrieb ruinieren, hat doch der Wettbewerber schon längst die Kosten gesenkt. Der Markt regelt die Beschäftigung, er erzeugt Konkurrenz, keine Solidarität.

Wir sollten uns nichts vormachen. Die Krise ist eine Krise. ●



Foto: Privat

Uwe Meyeringh

■ Uwe Meyeringh, Fachbereichsleiter in NRW und bundesweiter ver.di-Ansprechpartner für die außeruniversitäre Forschung, wird 50. Anlass für ein Kurzinterview:

**Du bist seit 25 Jahren hauptberuflich Gewerkschafter. Was sind Deine Leitlinien?**

Leider gibt es auch in unserem Land viel Bildungsbenachteiligung. Hier sehe ich meine Aufgabe: Bildungschancen für alle zu verbessern. Wichtig ist mir dabei der kostenlose Zugang in alle Bildungsbereiche. Ich bin immer ein Teamplayer gewesen: Die Ehrenamtlichen brauchen keinen Besserwisser, sondern einen Rat.

Gerade in unserem Fachbereich gibt es so viele „sprudelnde Quellen“ für Gesamtver.di. Die lade ich ein mitzumachen, denn die Mischung aus Arbeitertradition und Wissenschaft ist doch 'ne Supersache.

**Wolltest Du immer Gewerkschafter werden?**

Ich wollte mal Koch werden – hab dann aber bei einem Praktikum im Hotel festgestellt, dass auch ein Koch schwer arbeiten muss.

**Was machst Du in Deiner knappen Freizeit?**

Kochen. Außerdem hat man als Ruhrpottler, wie Grönemeier singt, im Schrebergarten seine Laube. Hier habe ich Ruhe und Erholung mit meiner Familie und kann bei den Erdbeeren, Kartoffeln, Küchenkräutern und Sonnenblumen entspannen. ●

Reinhard Dudzik/Werner Schwarz



Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:  
 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

**Ich möchte Mitglied werden ab:** \_\_\_\_\_

Maximale

**Persönliche Daten:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Stützenghörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

**Beschäftigungsdaten**

Arbeiter/in  Angestellter/in

Beamter/in  DO-Angestellter/in

Selbstständiger/in  freier Mitarbeiter/in

Vollzeit  Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenst. \_\_\_\_\_

Erwerbslos

Wehr-/Zweidienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-/Volontärin/-Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/in-Student/in bis \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Alterszeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

Beschäftigt bei (auswählen) \_\_\_\_\_

Straßenhausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

Wirtschafts-/Geschäftszweig (auswählen) \_\_\_\_\_

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Monat/Jahr Monat/Jahr

**Einzugsermächtigung:**

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftzugverfahren

monatlich  halbjährlich

vierteljährlich  jährlich

einzuziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (auswählen) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (auswählen) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tarif, Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst \_\_\_\_\_

Euro \_\_\_\_\_

**Monatsbeitrag**

Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Arbeitnehmer, Personalarbeiter, Vorstandsmitglieder, Kreisangehörige und bezugslose Beiträge: der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttobehaltes. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Menschen, SchülerInnen, Studierende, Wehr-, Zweidienstleistende, Erziehungsberufstätige und Sozialhilfeempfänger beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

**Datenschutz**

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedschaftsvertrages und der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Werber/in:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_